

06.05.2013

Kommentar

Wenn die Entwicklung „Wir verkaufen unser Krankenhaus“ in diesem Tempo so weiter geht, werden wir in absehbarer Zukunft keine Krankenhäuser mehr in öffentlicher Hand haben. Ob dies ein Vorteil für ein bezahlbares Gesundheitssystem ist, darf ernsthaft bezweifelt werden.

Es kann doch wohl nicht wahr sein dass unsere Kommunalpolitiker mit den vom Steuerzahler finanzierten kommunalen Kliniken machen können was sie wollen! Erst wird mit viel Geld (190 Mill.) ein neues Klinikum (Offenbach) gebaut und zwei Jahre später an einen privaten Krankenhauskonzern her geschenkt (1 €). Als wäre dies nicht schon genug, steht man auch noch für Folgekosten und Altlasten ein.

Es ist schwer nachvollziehbar wie scheinbar ohne großes Nachdenken seitens der Verantwortlichen, hier sind nicht nur die Kommunalpolitiker vor Ort sondern auch der Regierungspräsident Johannes Baron (FDP) angesprochen, ein neues Klinikum den Besitzer wechselt. Welche Verantwortung nehmen hier die angesprochen Berufs- und gewählten Politiker für diese Politik des Ausverkaufs wahr? Gießen-Marburg, Wiesbaden und Offenbach sind die letzten Übernahmen durch eine börsennotierte Aktiengesellschaft, beziehungsweise durch so genannte private Gesundheitskonzerne. Es scheint nur eine Frage der Zeit wann andere in kommunaler Verantwortung und Eigentum stehenden Krankenhäuser folgen. Darmstadt, Frankfurt-Höchst, Hofheim, oder das gerade im Bau befindliche Krankenhaus im Hochtaunuskreis stehen noch zur Übernahme an, sind im Fokus der Gesundheitskonzerne.

Wer die Entwicklungen an der Dr. Horst-Schmidt-Klinik (HSK) in Wiesbaden verfolgt, kann sich ein Bild über die Auswirkungen einer solchen Privatisierung machen. Das Fatale im Fall der HSK ist noch, dass es sich hier sogar „nur“ um eine Teilprivatisierung handelt. Die Stadt Wiesbaden hält zumindest auf dem Papier, noch eine 51%ige Mehrheit kommt aber ihrer Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern und Bürger nicht nach. Permanenter Druck der Geschäftsleitung auf die Mitarbeiter durch Arbeitsverdichtung und Entlassungen sind an der Tagesordnung. Das diese Vorgehensweise seitens der Verantwortlichen von Rhön AG (börsennotierter Gesundheitskonzern) nicht unbedingt die Qualität verbessert, dürfte auch jedem klar sein. Auch die Hoffnungen in den neu gewählten Oberbürgermeister Sven Gerich (SPD) werden wohl nicht erfüllt. „Wir haben hier in Wiesbaden etwas gemacht, wofür uns mittlerweile bei aller Kritik an dem Projekt ganz viele Kommunen in der Bundesrepublik beneiden“, so seine Aussage zum Klinik-Teilverkauf im Wahlkampf. Sven Gerich wird keinen Umbruch in der Zusammenarbeit mit dem Gesundheitskonzern Rhön vornehmen.

Den Eid den die Ärzte ablegen, bezieht sich ausschließlich auf das Wohl und die Gesundheit der Menschen, von Gewinnmaximierung war bei Hippokrates nie die Rede.

Auch die Politiker werden vereidigt. Wie heißt es in der hessischen Verfassung: "Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt unparteiisch nach bestem Wissen und Können verwalten sowie Verfassung und Gesetz in demokratischem Geiste befolgen

und verteidigen werde." Wir können nur dankbar sein, dass unsere Ärzte ihren Eid wesentlich verantwortungsbewusster wahrnehmen.

Bei all diesen Entwicklungen stellt sich die Frage, was passiert wenn wir alle in kommunaler Hand befindlichen Kliniken und Krankenhäuser privatisiert haben. Wird dann Gesundheit für den Normalsterblichen noch bezahlbar sein? Werden dann private und börsennotierte Gesundheitskonzerne die Preise und Bedingungen in ihren Kliniken selbst bestimmen? Und werden auf Grund einer gewinnorientierten Entwicklung die Gesundheitskosten nicht exorbitant in die Höhe getrieben? Der Einfluss den diese Konzerne dann auf unser Gesundheitssystem nehmen beziehungsweise einfordern, wird nicht unerheblich sein.

Fragt man Insider und Fachleute aus dem Gesundheitswesen hört man einstimmig, dass genügend Geld im System ist. Warum sind dann unsere Politiker in Bund, Land und Kommune nicht in der Lage und willens diesen Trend des Ausverkaufs kommunaler Krankenhäuser zu stoppen? Auf welche Berater und Geister hören sie? Man kann sich nicht vorstellen was passiert wenn das Geld immer knapper bemessen wird. Gerade in Hessen werden dank der Schuldenbremse, die Auswirkungen gravierend sein. Wer stellt dann die Frage an unsere Politiker nach ihrer so gerne gemachten Aussage „Unsere Entscheidung war alternativlos“?

Bodo Kaffenberger

Für das Bündnis Gemeingut in BürgerInnenhand - für eine kommunale HSK